

Staatssekretärin zu Gast bei der Techniker Krankenkasse

# Diskussionen zur Gesundheitsreform

Eine hochkarätige Gästeliste konnte der örtliche Personalrat zur Personalversammlung des TK-Beitragszentrums am 30. Mai 2006 in Berlin vorweisen. So war es gelungen, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesgesundheitsministerium Marion Caspers-Merk und den Vorstandsvorsitzenden der Techniker Krankenkasse Professor Norbert Klusen für die Veranstaltung zu gewinnen.

Weiterhin traten der Vorsitzende des GdS-Kooperationspartners fairTK Marko Bösing, fairTK-Vorstandsmitglied Sven Bochow sowie Henrike Kaesler von der GdS-Geschäftsstelle Neue Bundesländer Berlin auf. Vertreter von ver.di hatten ihre Teilnahme kurzfristig abgesagt.

Die Veranstaltung stand ganz unter dem Eindruck der aktuellen Diskussionen um die Gesundheitsreform. Die Themen „Fondsmodell“ und „Verlagerung des Beitragseinzugs aus der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV)“ waren dabei die Schwerpunkte der Redebeiträge und Diskussionen.

## Schwarze Wolken

Ziel des örtlichen Personalrates war unter anderem, der Politik zu verdeutlichen, welche Konsequenzen die jeweiligen Denkmodelle zur Gesundheitsreform für die Arbeitsplätze in der gesetzlichen Krankenversicherung hätten. Zur visuellen Unterstützung hatte der ÖPR – mit personeller und finanzieller Unterstützung von fairTK – den Saal mit selbst erstellten, „schwarzen Wolken“ verhangen. Auf diesen Wolken waren die Anzahl der Arbeitsplätze dokumentiert, die durch eine Zentralisierung des Beitragseinzugs wegfallen würden.

Staatssekretärin Caspers-Merk (SPD, im Bild Mitte) stellte in ihrer Rede klar, dass über die Frage der Finanzierung und de-



ren Strukturen noch keine Entscheidungen gefallen seien. Derzeit könne ein Fondsmodell nicht generell ausgeschlossen werden, wobei es sich analog zum Risikostrukturausgleich (RSA) allerdings auch um einen virtuellen Fonds handeln könne.

## Gute Risiken

Einen weiteren Schwerpunkt sah Caspers-Merk in dem Verhältnis von gesetzlicher zur privaten Krankenversicherung (PKV). Es könne nicht sein, dass die PKV der Solidargemeinschaft auch künftig die guten Risiken entziehe, ohne sich finanziell an den Kosten zu beteiligen, so die Staatssekretärin. Wesentliche Leistungen wie Entwöhnungsbehandlungen gehörten nicht zum Leistungsspektrum der PKV und gingen im Ernstfall zu Lasten der GKV; hier strebe das Bundesgesundheitsministerium eine Veränderung an. Weitere Veränderungen werden von der SPD in den Selbstverwaltungen

der Krankenkassen und der Ärzteschaft angestrebt.

Professor Norbert Klusen (im Bild, links) wies in seinem Redebeitrag darauf hin, dass einige Krankenkassen bereits den Beitragseinzug erheblich rationalisiert haben. So werde der bundesweite Beitragseinzug bei der TK seit zwei Jahren von sechs Beitragszentren erledigt. Befragungen der Arbeitgeber hätten ergeben, dass ein zentraler Beitragseinzug keine nennenswerten Entlastungen für die Lohnbüros bringen würde.

## Realer Wettbewerb

Weiterhin forderte Klusen von der Politik mehr realen Wettbewerb für die Krankenkassen sowie die Möglichkeit von Kasernenübergreifenden Fusionen. Nach Klusens Auffassung ist zu beklagen, dass sich bei immer mehr Politikern, die auf das Know-how von Experten aus der Sozialversicherung

zugreifen, eine gewisse Arroganz und Selbstherrlichkeit breit mache.

Die Tatsache, dass es den Arbeitgebern inzwischen gelungen ist, sich der paritätischen Finanzierung zu entziehen, und die Bestrebungen der Politik, diese Tendenz fortzuführen, war der wesentliche Kritikpunkt des fairTK-Vorsitzenden Marko Bösing (im Bild, rechts). Die Arbeitnehmer seien sich durchaus bewusst, dass eine Gesundheitsreform nicht den Erhalt ihrer Arbeitsplätze zum Schwerpunkt haben wird.

Die bisher angedachten Modelle führten jedoch nachweislich zu mehr Bürokratie, weniger Wettbewerb und Service für die Versicherten. Das von der CDU favorisierte Fondsmodell (siehe Beitrag „Dritter Weg oder nur KAUDERwelsch?“ im GdS-Magazin Heft 5-2006, Seite 12 f.) würde nachweislich zu erheblichen Mehraufwand führen, da für jeden Versicherten neben der Pauschale noch der individuelle Beitrag eingezogen werden müsste. Dies würde die Anzahl der Einzelbuchungen, Mahnverfahren usw. in der GKV millionenfach vervielfältigen, so Bösing.

## Unsinnige Debatte

Henrike Kaesler verwies in ihrem Redebeitrag auf die Notwendigkeit, die Arbeitnehmer in der Sozialversicherung über die Frage des Beitragseinzugs nicht gegeneinander auszuspielen. Durch die Diskussion darüber, ob der Beitragseinzug künftig durch die Deutsche Rentenversicherung durchgeführt werden könne, werde der Eindruck erweckt, die Kollegen der DRV wollten den GKV-Kollegen die Arbeitsplätze streitig machen. Eine solch unsinnige Debatte dürfe man gar nicht erst aufkommen lassen, so Kaesler.

Am Ende erhielt der örtliche Personalrat tosenden Applaus für die knapp zweistündige Veranstaltung.

Marko Bösing